

ERKLÄRUNG

der gemeinsamen Synode

der Ev.-Luth. Kirchenkreise Hamburg-West/Südholstein und Hamburg-Ost

Einleitung

Als Verantwortliche in der Evangelisch-Lutherischen Kirche beschäftigen uns alle gesellschaftlichen Entwicklungen, die Integrationsleistungen und Desintegrationsprozesse und die zunehmenden sozialen Aufgaben. Wir beteiligen uns am gesellschaftlichen Diskurs in dieser Stadt und bieten unsere Erfahrungen, Haltungen und Überzeugungen für die Weiterentwicklung einer lebenswerten Stadt an.

Hamburg und sein Umland waren bis ins 20. Jahrhundert geprägt von der lutherischen Lehre. Diese Prägung bleibt unsere gemeinsame Geschichte, auch wenn mittlerweile nur noch ein knappes Drittel der Bevölkerung zur Evangelisch-Lutherischen Kirche gehört. Wir erkennen die Vielfalt der Konfessionen und Religionen als Reichtum der Gesellschaft an. Unsere kirchlichen Orte bieten weiterhin allen Menschen inmitten eines zunehmend kommerzialisierten und leistungsorientierten Gemeinwesens Räume des Unverfügbaren, Räume der Stille, der Sinnsuche und des Schutzes. Zugleich sind sie öffentliche Räume, Orte der Gemeinschaft, des gemeinsamen Feierns und der Begegnung, des Dialogs und der Konfliktbearbeitung über konfessionelle, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg, auch mit Konfessionslosen. In unserer christlichen Verantwortung vor Gott verstehen wir uns als Dienende des ganzen Gemeinwesens und suchen das Zusammenwirken mit allen seinen Menschen.

In dieser Verantwortung erklären wir:

1. Aufgaben und Möglichkeiten von Kirche und Stadt

Kirche und Staat sind in ihrer politischen Verantwortung klar getrennt und zugleich aufeinander bezogen. Wir wollen unser Gemeinwesen mitgestalten, wo nötig auch durch Kritik und Widerspruch. Denn wir sehen es als unsere Aufgabe an, Politik und Gesellschaft „an Gottes Gebot und Gerechtigkeit“ zu erinnern.

Daher ermutigen wir alle Menschen in unseren Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen in christlicher Verantwortung politisch aktiv zu werden.

2. Orientierung bieten

Wir sind getragen vom christlichen Gottes- und Menschenbild. Daher wissen wir um die Begrenztheit menschlichen Tuns und um die notwendige Zusammengehörigkeit von Starken und Schwachen. Daraus folgt unsere Kritik am Irrglauben der Allmachbarkeit und an zu weit gehender Orientierung an wirtschaftlicher Effizienz. Uns leiten die Werte eines sozialen Zusammenlebens und der Behutsamkeit unserer lebendigen Erde gegenüber. In unserer kirchlichen Arbeit bieten wir Menschen vielfältige Möglichkeiten zur Orientierung und Sinnsuche.

Wir fordern unsere Gemeinden und kirchliche Einrichtungen auf, diese Ressourcen für alle Menschen im Gemeinwesen zu öffnen und sie nutzbar zu machen. So können wir uns in öffentliche Debatten einbringen und in den Zukunftsfragen, die unser Gemeinwesen betreffen, Position beziehen.

3. Das Gemeinwesen zusammenhalten

Wir sehen, dass die Spaltung unserer städtischen Gesellschaft deutlich zunimmt. Um das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, wollen wir uns intensiver um Teilhabe aller bemühen, nicht nur an Wohlstand, Bildung, Kultur und Sicherheit, sondern auch an sinnstiftender Gemeinsamkeit. Es kommt für die Gesellschaft insgesamt darauf an, die größer werdenden Gruppen an ihrem Rand zu integrieren statt sie weiter auszugrenzen. Nur so begegnen wir nachhaltig den Gefahren der Radikalisierung. Dabei darf die Kirche nicht zum Lückenbüßer für Ausfälle oder Fehler von Markt und Staat werden.

Wir fordern alle Gemeinden und kirchliche Einrichtungen auf, zusammen mit anderen Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtseinrichtungen, Kultur, öffentlicher Verwaltung und Politik, Hilfen zur Integration im lokalen Kontext zu entwickeln.

4. Kirchen als Zentren im Stadtteil

In den letzten Jahren haben sich viele Bewegungen und Initiativen gebildet, die sich für eine lebenswerte, nachhaltige und sozial integrierte Stadt einsetzen. Unsere Kirchengemeinden können Partner oder Teil dieser Bewegungen sein, denn wir haben Räume und Möglichkeiten, um die Fragen, Probleme und Konflikte in den Stadtteilen aufzunehmen und sie mit ihnen zusammen zu bearbeiten. So können wir einen Beitrag dazu leisten, dass alle Menschen zu ihrem Recht kommen und ihre Verantwortung wahrnehmen können und sollen.

Daher fordern wir Gemeinden und kirchliche Einrichtungen auf, ihre Kompetenzen, Ressourcen und Orte einzusetzen, damit sich Menschen jeder Herkunft treffen und gemeinsame Projekte entwickeln können, und so die Beziehungen zwischen den Milieus, Bevölkerungsgruppen und Religionen zu stärken.

5. Politik, Verwaltung und Kirche auf Stadtteilebene

Um die Zukunftsfragen zu meistern, braucht es neben dem Rechts- und Sozialstaat eine vitale Zivilgesellschaft. In sie bringen wir uns ein und erwarten, dass Politik und Verwaltung unser Engagement, unsere Aufgaben und unsere Einstellungen wahrnehmen und anerkennen. In diesem partnerschaftlichen Zusammenwirken wünschen wir uns zusammen mit den lokalen Akteuren auf allen Ebenen des Gemeinwesens, insbesondere in Stadtteilen und Quartieren, einen verbindlichen, strukturierten Dialog mit den staatlichen Amtsträgern_innen. Während auf den Leitungsebenen ein guter Austausch besteht, ist eine feste Form der Zusammenarbeit in den Stadtteilen bisher eher dem Zufall überlassen.

Deshalb fordern wir städtische und kirchliche Vertreter_innen auf, gemeinsam Formate zu entwickeln, die den regelmäßigen Austausch und das Zusammenwirken in den Stadtteilen sicherstellen.

Hamburg, den 2. Februar 2016